

Europäisches Parlament, Heute im Plenum: Auszug über die Billigung der Prodi Kommission (15. September 1999)

Legende: Das Europäische Parlament billigt die Prodi Kommission.

Quelle: EUROPARL - Presseabteilung. Im Plenum - Heute im Plenum. [ONLINE]. [s.l.]: Europäisches Parlament, [02.08.2000]. Disponible sur <http://www.europarl.eu.int/dg3/sdp/journ/de/1999/n9909151.htm#5>.

Urheberrecht: (c) Europäisches Parlament

URL:

http://www.cvce.eu/obj/europaisches_parlament_heute_im_plenum_auszug_uber_die_billigung_der_prodi_kommission_15_september_1999-de-300cf5fe-4f5d-448f-8c7b-9e270e1218ef.html



Publication date: 03/11/2015

Europäisches Parlament: Heute im Plenum (15. September 1999)

I. Dok. B5-65, 66, 68 und 75/99

II. Dok. B5-64/99, eingereicht von der Konferenz der Präsidenten

Debatte: 14.09.1999

Annahme: 15.09.1999

I. Aus der EntschlieÙung (Dok. B5-65, 66, 68 und 75/99):

Die gemeinsame EntschlieÙung wurde mit 587 Stimmen, bei 51 Gegenstimmen und 28 Enthaltungen, angenommen. Das EP stellt damit eine Reihe von Forderungen an die Kommission auf. Diese soll sich verpflichten, gemeinsam mit dem EP Politiken zu verfolgen, die mehr auf den Bürger ausgerichtet sind und den Dialog über die Leitlinie bis zum Jahr 2004 schnellstmöglich einleiten. Auch an der Vorbereitung und der BeschluÙfassung über die Revision des Vertrags vor dem Europäischen Rat in Helsinki muÙ das EP unmittelbar beteiligt werden.

Den umfassenden Dialog mit der designierten "Prodi-Kommission" wünscht das EP fortzuführen. Es fordert Romano Prodi auf, die Kommission zu einer gemeinsamen Untersuchung der Frage der persönlichen Verantwortung der Kommissionsmitglieder mit dem Parlament im Rahmen der Regierungskonferenz zu verpflichten. Nötig ist zudem eine baldige interinstitutionelle Vereinbarung, die den Rahmen für einen neuen Verhaltenskodex bildet.

Wird gegen ein Mitglied der Kommission eine schwerwiegende strafrechtliche Anklage erhoben, insbesondere bei Bestechung, die zur Eröffnung eines Gerichtsverfahrens gegen das betroffene Mitglied führt, so muÙ dieses unverzüglich vom Amt suspendiert und sein bzw. ihr Rücktritt erwogen werden. Im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens von Artikel 251 EGV hat die Kommission grundsätzlich alle Änderungen, die mit großer Mehrheit vom Parlament angenommen wurden, zu unterstützen, Ausnahmen müÙten gebührend begründet werden.

Eine frühzeitige und umfassende Information und Konsultierung des Parlaments über die Vorbereitung, den Verlauf und den AbschluÙ internationaler Verhandlungen kann durch die Anwesenheit von Kommissionsmitgliedern während der Plenartagungen oder bei AusschuÙsitzungen ermöglicht werden. Das EP verlangt Zugang zu allen Dokumenten der Kommission ohne ungebührliche Verzögerungen. Die Dokumente, zu denen das Parlament nicht automatisch Zugang erhalten soll, müssen klar definiert werden, interne Dokumente über Betrugsfälle dem bzw. der Vorsitzenden des Haushaltskontrollausschusses auf Antrag zur Verfügung gestellt werden. Notwendig ist eine Regelung zum Schutz von Beamten, die Informationen weitergeben, die von deren mittelbaren oder unmittelbaren Vorgesetzten zu Unrecht vor zuständigen Stellen verborgen werden.

Jede Entscheidung bezüglich der Aufteilung der Aufgaben unter den einzelnen Mitglieder der Kommission, die im AnschluÙ an eine Forderung des Parlaments oder auf Initiative der Kommission selbst getroffen wird, ist dem EP mitzuteilen. Allgemein sollen Beschlüsse der Kommission unmittelbar nach der Sitzung der Kommission im Parlament oder auf einer Sitzung der Konferenz der Präsidenten mitgeteilt werden.

Für den Verhaltenskodex für die Kommissionsmitglieder und für hochrangige Beamte fordert das EP eine Konsultierung vor Inkraftsetzung, damit sein Standpunkt berücksichtigt werden kann. Das EP wird durch seinen zuständigen Ausschuß das notwendige Verfahren festlegen, mit dem es das mangelnde Vertrauen für einen einzelnen Kommissar zum Ausdruck bringt und den Kommissionspräsidenten ersucht, dieses Mitglied zum Rücktritt aufzufordern.

II. Aus der EntschlieÙung (Dok. B5-64/99)

Das Europäische Parlament

1. bestätigt seine Zustimmung für die Nominierung von Herrn Romano Prodi als Präsident der Kommission

für die noch bis zum 22.1.2000 laufende Amtszeit bei 592 abgegebenen Stimmen mit 446 : 123 : 23 Stimmen;

2. billigt die Nominierung der Kommission für die noch bis zum 22.1.2000 laufende Amtszeit bei 594 abgegebenen Stimmen mit 427 : 134 : 32 Stimmen;

3. billigt die Nominierung von Herrn Romano Prodi als Kommissionspräsident für die Amtszeit vom 23.1.2000 - 22.1.2005 bei 592 abgegebenen Stimmen mit 426 : 134 : 32 Stimmen;

4. billigt die Nominierung der Kommission für die Amtszeit vom 23.1.2000 - 22.1.2005 bei 594 abgegebenen Stimmen mit 404 : 153 : 37 Stimmen.

Der designierte Kommissionspräsident Romano **Prodi** wies auf den entscheidenden Zeitpunkt für die europäische Demokratie hin. Er habe in letzter Zeit mehrfach vor diesem Haus gesprochen, sein designiertes Kollegium habe schriftliche Fragen der Abgeordneten beantwortet, sei in mündlichen Anhörungen überprüft worden. Sie hätten sich alle der Transparenz verpflichtet und wollten umfassend und präzise über ihre Arbeit berichten. Transparenz, Effizienz und Rechenschaftspflicht seien wichtige Eckpfeiler. Er habe bei der Konferenz der Präsidenten zugesagt, fünf Punkte einzuhalten während seiner Präsidentschaft. Sie seien die Grundlage für einen Neubeginn der Zusammenarbeit der Institutionen. Wesentlich dabei sei insbesondere die Eigenverantwortung der Kommissare. Jeder einzelne müsse Verantwortung übernehmen. Doch Prodi wies darauf hin, daß es auch wichtig sei, daß die Kommission stark sei und daß sie auch von Zeit zu Zeit eine andere Meinung vertreten werde als das EP. Ein starker Partner sei aber immer besser als ein schwacher.

Die neue Beziehung zwischen EP und Kommission müsse die Grundlage bieten für das europäische Aufbauwerk. Seine Aufgabe als Kommissionspräsident sei es, im Januar ein Programm für die nächsten fünf Jahre vorzulegen. Dieses Programm werde sein politisches Profil vorgeben. Ihm seien eine nachhaltige Entwicklung und die umweltpolitischen Herausforderungen wichtig. Außerdem wolle er das Vertrauen der Verbraucher wiederherstellen. Gegenüber der Regierungskonferenz sei es wichtig, die Verpflichtungen zu bekräftigen und neue Entscheidungen hervorzubringen.

Der Dialog im Hinblick auf die Regierungskonferenz habe bereits begonnen. Man müsse versuchen, dort die Dinge anzusprechen, die in der Präambel der Entschließung des EP genannt würden.

Was die Forderung des EP angehe, daß ein Kommissionsmitglied zum Rücktritt aufgefordert werden soll, wenn Anzeige gegen sie oder ihn erhoben werde, so sah sich Prodi verpflichtet, dies sehr genau zu überprüfen. Es könne Situationen geben, wo ein Rücktritt ins Auge gefaßt werden müsse. Grundsätzlich habe jedoch jeder Mensch das Recht, daß man ihn zunächst für unschuldig halte.

Wesentliche Aspekte der Verantwortung und der Rechenschaftspflicht jedoch seien, daß er nie akzeptieren werde, daß ein Kommissionsmitglied absichtlich das EP in die Irre führe oder gar lüge. Der Verhaltenskodex der neuen Kommission müsse vom ersten Tag an gelten. Außerdem sei dieser Verhaltenskodex nicht in Stein gemeißelt, das EP könne Änderungsvorschläge machen.

Was das Aushandeln internationaler Abkommen angehe, so verpflichtete Prodi sich zur Offenheit. Auch Informationen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik würden dem EP immer schnell zugänglich gemacht werden. Er schlage vor, wöchentlich Informationen ans EP zu übermitteln. Was vertrauliche Dokumente angehe, so müsse hier ein Verfahren gefunden werden. Über interne Dokumente von OLAF könne er nicht verfügen, hier müsse mit OLAF direkt verhandelt werden. Natürlich müsse das Personal der Institutionen jederzeit über Mißstände und Unregelmäßigkeiten sprechen können.

Europa stehe an einer wichtigen Schwelle. Nach der Erweiterung würde die EU fast 500 Millionen Bürger umfassen. Darunter auch Länder mit einer völlig anderen Geschichte und Situation. Dies wolle er konstruktiv mitgestalten.

Man müsse den wirtschaftlichen Aufschwung fördern und die Beschäftigungslage verbessern. Die soziale Gerechtigkeit müsse wiederhergestellt werden, dazu seien Reformen notwendig. Er wünsche sich, diese Aufgabe gemeinsam mit dem EP zu übernehmen und die Institutionen zu reformieren.

In einer leidenschaftlichen Debatte habe gestern die EVP-Fraktion ihr Abstimmungsverhalten für heute diskutiert, so Hans-Gert **Poettering** (D). Es hätte sich gezeigt, daß es weiter Zweifel und Fragen gebe, die einige dazu bewegten, entgegen der großen Mehrheit der Fraktion gegen die Kommission von Prodi zu stimmen. Die allergrößte Mehrheit habe sich für die Prodi-Kommission entschieden, dies sei aber nicht als Blankoscheck zu verstehen. Er gratulierte Romano Prodi zu seinen Reden von gestern und heute, die viele Klarstellungen gebracht hätten. Die Anhörungen und die Debatte gestern seien ein besonderer Erfolg der Arbeit des EP. Es erfülle ihm mit besonderem Stolz, daß heute mit so überwältigender Mehrheit die gemeinsame EntschlieÙung angenommen worden sei. In den letzten Wochen habe man einen großen Schritt bei der Zusammenarbeit gemacht, nun sei es Aufgabe des EP, weiter auf dem Weg der Parlamentarisierung der Europäischen Union zu gehen und damit die Hoffnung der Staaten Mittel- und Osteuropas zu verwirklichen. In diesem Sinne sage seine Fraktion Ja zur designierten Kommission.

Im Namen seiner Fraktion kündigte Enrique **Barón Crespo** (SPE/E) an, daß man sich einstimmig für die neue Kommission Prodis aussprechen werde. Grundlage für diese Entscheidung sei das von Prodi vorgetragene Fünf- Punkte-Programm. Er begrüÙte, daß Prodi noch einmal sein Versprechen wiederholt habe, eine neue Epoche der Union einzuleiten. Die SPE-Fraktion habe Vertrauen in Prodi und verfolge eine Zukunftsvision. Man glaube daran, in der neuen Epoche als die zukünftigen Architekten der Gemeinschaft mitwirken zu können. Die gemeinsame Position der SPE zur bevorstehenden Regierungskonferenz sei dergestalt, daß man den Bericht der drei Experten begrüÙe, sich zugleich aber eine Initiative der Kommission wünsche. Parlament und Kommission sollten im Hinblick auf die Regierungskonferenz zusammenarbeiten, damit man an allen Fronten vorankomme.

Es müsse ein neuer Vertrag mit den Menschen in Europa geschlossen werden, um große Herausforderungen, wie etwa die Arbeitslosigkeit, den Umwelt- und Verbraucherschutz und die Schaffung einer neuen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik anzugehen. Das historische Abenteuer Europa müÙte gemeinsam unternommen werden, um den Kontinent zu einigen und die Zukunft der Welt mitgestalten zu können.

Für die Fraktion der LIBERALEN erklärte Patrick **Cox** (IRL), sie würden einstimmig für die Kommission stimmen. Die Zeit des Redens komme zum Ende und nun beginne die Zeit der Entscheidungen. Seine Fraktion habe eine Schlüsselrolle gespielt in der Entwicklung der letzten Monate, sie hätte immer eine stärkere Rechenschaft der Kommission eingefordert. Die Krise habe sich dann gelohnt, wenn nun die richtigen Konsequenzen gezogen würden und die neue Kommission transparenter, offener und reformorientierter sein werde als all ihre Vorgänger. Außerdem werde die parlamentarische Rechenschaftspflicht nicht mehr kollegial, sondern individuell sein. Damit habe das EP in den vergangenen Monaten einen Meilenstein gesetzt für die Demokratie.

Die politische EntschlieÙung sei von mehr als 500 Abgeordneten angenommen worden und sei ein neues Bündnis mit der neuen Kommission. Das Parlament kenne die heiklen Punkte, die sich aus der Transparenz ergäben. Es werde nie mehr möglich sein, daß ein Kommissar sich falsch verhalte und damit die ganze Kommission in die Knie zwingen könne. Aber nach der überwundenen Krise glaube er nun an eine neue Energie und eine neue Synergie, die Europa zum Erfolg tragen werde. Deshalb werde seine Fraktion für die Kommission stimmen.

Paul **Lannoye** (GRÜNE-EFA/B) unterstrich, daß die Aussprache in seiner Fraktion gestern abend sehr intensiv gewesen sei. Die Fraktion habe heute einstimmig für die gemeinsame EntschlieÙung gestimmt. Die Arbeitsabläufe in der Kommission seien sicher sehr wichtig, noch wichtiger seien jedoch ihre politische Rolle als Motor für die Union. Die Sichtweise der EU müsse sehr ehrgeizig sein. Seine Fraktion sehe die EU durch ihren Mehrwert für die Bürger berechtigt. Der Gewinn für die Bürger müsse durch Arbeitsplatzsicherheit und beispielsweise Nahrungsmittelsicherheit zum Ausdruck kommen. Die Fraktion wisse, daß die Kommission nicht alle grünen Schwerpunkte übernehmen könne. Doch sei die Fraktion bei der politischen Vision, wie sie hier durch Prodi dargelegt worden sei, enttäuscht. Bei den Reformvorhaben gebe es dagegen große Zustimmung. Deshalb werde das Abstimmungsverhalten nicht einheitlich sein, die politischen Projekte fehlten noch. Die GRÜNEN wollten damit konstruktive Kritik üben, dies solle aber

nicht den Dialog belasten.

Francis **Wurtz** (F) verwies für die Fraktion der KVLE/NGL darauf, daß man der Kommission Prodis nicht zustimmen werde. Zwar habe es interessante Dialoge zwischen den Institutionen und den Willen zu einer administrativen Reform gegeben, jedoch sei man den Erwartungen der Bürger nicht gerecht geworden. Insofern sei seine Fraktion von den Anhörungen der designierten Kommissare und den Ausführungen Prodis enttäuscht. Nach der schlimmen Krise der Kommission hätte man auf das Alarmsignal, das die Bürger durch die geringe Wahlbeteiligung im Juni gesetzt hätten, mit deutlicheren Veränderungen und durchgreifenden Reformen reagieren müssen. Projekte seien erforderlich, die die Menschen zusammenführten. Die Union könne nur dann die Sympathie der Bürger und der Weltgemeinschaft wiedergewinnen, wenn sie ihren eigenen Wert und ihr eigenes Projekt durchzusetzen vermöge.

1999 sei ein schwieriges Jahr für die Institutionen der Union gewesen, so Gerard **Collins** (IRL) für die Fraktion der UEN. Probleme habe es insbesondere in bezug auf die Rechenschaftslegung und die Verwaltungsreform gegeben. Nun appelliere er daran, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Entscheidungen müßten zunehmend auf EU-Ebene gefällt werden, damit Rechenschaft abgelegt werden könne. Seine Fraktion fordere, daß die Programme gut durchgeführt und verwaltet würden. Die Kommission solle ihre vertraglichen Verpflichtungen wahrnehmen.

Die EU könne nur funktionieren, wenn Kommission, Parlament und Rat effektiv zusammenarbeiteten. Seine Fraktion werde deshalb eine Entscheidung nicht mittragen, die zu einer Pattsituation zwischen den Institutionen führe. Wichtig sei es, daß das Parlament vor dem Erlaß von Verordnungen und Richtlinien angehört werde. Die Mitentscheidung müsse auf sehr viel mehr Bereiche ausgedehnt werden. Nur wenn das Mitentscheidungsverfahren effizient angewandt werde, könne die EU erfolgreich arbeiten. Entscheidend sei zudem, die Weichen für eine Erweiterung noch vor dem Jahr 2005 zu stellen. Abschließend erläuterte Collins, daß es in seiner Fraktion keine Gesamtposition aller Abgeordneten gebe. Jede Länderdelegation könne für sich eine Entscheidung fällen; die irische Delegation werde für Prodi und sein Team stimmen.

Jens-Peter **Bonde** (DK), für das Europa der Demokratie und der Unterschiede, betonte, daß die Prodi-Kommission erstmals eine Regierung auf europäischer Ebene darstelle. Er bedauerte, daß diese Kommission nicht der Kontrolle der Regierungen, der Bürger und damit Steuerzahler und des EP unterstehe. Deshalb hoffe er, daß die Prodi-Kommission dazu stehe, daß sie einen Kommissar entlasse, falls das EP ihm das Vertrauen entziehe. Die Macht liege in Europa jedoch bei den Beamten, Transparenz bei der Kommission heiße nicht, daß dies umgekehrt werde. Immer mehr Macht werde auf supranationaler Ebene ausgeübt und in fünf Jahren bräuchte man sicherlich den nächsten Rat der unabhängigen Sachverständigen. Europa müsse weniger Programme und eine radikale Kürzung der Finanzmittel haben und weniger bedeutend sein. Hierin unterscheide sich seine Fraktion ganz deutlich von den andern und wolle eine wirkliche Opposition im EP sein.

Emma **Bonino** (FL/I) verwies vehement darauf, daß sich die radikalen Abgeordneten bewußt den letzten Abstimmungen enthalten hätten und dies auch in Zukunft tun würden. Das Europäische Parlament werde keine klare Position finden, solange es nicht die Rechte und Pflichten seiner Abgeordneten geklärt habe. Sie fühle sich als Abgeordnete zweiter Klasse, jedoch sei sie unabhängig von der Bürokratie und der Parteistruktur der anderen. Es sei nicht würdig, wie sie als Fraktionslose behandelt werde, und würdig sei auch nicht die Behandlung der Wähler, die sie und die anderen Fraktionslosen gewählt hätten. Es gebe so viel Heuchelei und Konformismus. Sie kritisierte die wenigen Arbeitsinstrumente, die ihr als Fraktionslose zur Verfügung stünden; im Prinzip könne sie nur einen Knopf drücken. Bonino räumte ein, daß es in der Tat keine politische gemeinsame Position der fraktionslosen Abgeordneten gebe; man habe sich zu einer Fraktion zusammenschließen wollen, um Gelder und Personal zu erhalten. Heute beginne der Kampf um Würde und Legalität. Sie appellierte abschließend an die Abgeordneten, sich für die Wiedererlangung der Rechte der Fraktionslosen einzusetzen.